

Chronik des Monats August 2002

1.8. - U S A. Der Senat verabschiedet in Washington mit 95 gegen drei Stimmen ein Militärbudget für das kommende Haushaltsjahr in Höhe von 355,4 Mrd. Dollar, 35 Mrd. Dollar über dem laufenden Etat. Das Repräsentantenhaus hatte bereits im Juni d. J. zugestimmt. - Am 6.8. lässt sich Präsident Bush vor einem „Arbeitsurlaub“ auf seiner Ranch in Texas über den Stand der Planungen für ein militärisches Vorgehen gegen den Irak unterrichten. Das „Wall Street Journal“ berichtet, einflussreiche Mitglieder der Administration und Berater des Präsidenten plädierten für den Einsatz einer Interventionsarmee in Stärke von 50 000 bis 80 000 Mann, unterstützt von Luftwaffe, Panzereinheiten und leichter Infanterie. Bush konferiert am 21.8. an seinem Urlaubsort mit Vizepräsident Cheney, Sicherheitsberaterin Rice, Verteidigungsminister Rumsfeld und General Myers, dem Vorsitzenden der Vereinten Stabschefs. - Am 25.8. wird ein Rechtsgutachten aus dem Weißen Haus verbreitet, in dem es heißt, der Präsident könne auch ohne Zustimmung des Kongresses einen Krieg gegen den Irak führen. - Am 26.8. hält Vizepräsident Cheney vor Kriegsveteranen in Tennessee eine vielbeachtete Rede. Cheney spricht sich klar für eine Militäraktion zum Sturz von Präsident Hussein aus. Die Rückkehr der UN-Waffeninspektoren in den Irak genüge nicht.

- C h i n a. Zum 75. Jahrestag der Gründung der Volksbefreiungsarmee bekräftigt Verteidigungsminister Chia Haotian die Position der Volksrepublik gegenüber Taiwan. Man werde alles tun, um eine friedliche Wiedervereinigung der Insel mit dem Festland herbeizuführen, schließe jedoch den Einsatz von Gewalt nicht aus. Taiwans Präsident Chen Shui-bian spricht am 3.8. von zwei unabhängigen Staaten, schwächt jedoch nach Protesten aus Peking seine Äußerungen ab.

- N a h e r O s t e n. US-Präsident Bush empfängt in Washington den jordanischen König Abdallah. Das Treffen wird überschattet von einem Terroranschlag auf dem Campus der Hebräischen Universität in Jerusalem am Vortag, für den die Hamas die Verantwortung übernommen hatte. Unter den Todesopfern befinden sich fünf Amerikaner. Über den Meinungs Austausch der beiden

Staatsmänner heißt es in mehreren Berichten, Abdallah habe sich gegenüber Bush klar gegen eine amerikanische Militärintervention im Irak ausgesprochen. Die israelische Regierung reagiert auf den Anschlag in Jerusalem mit der Vorbereitung weiterer Repressionsmaßnahmen, die u.a. die Deportation von Angehörigen der Attentäter vorsehen. Die Armee riegelt erneut Teile des Gazastreifens ab, verhängt Ausgangssperren, dringt in Städte und Dörfer vor und begründet ihre Aktionen mit der Suche nach Terroristen. Betroffen sind u.a. Dschenin, Nablus, Tulkarem, Kalkiliya und Ramallah. - Am 5.8. trifft der israelische Verteidigungsminister Ben-Eliezer in Jerusalem mit dem palästinensischen Innenminister al-Yahya zusammen. Erörtert werden Zeitpläne für den Rückzug der israelischen Armee aus bestimmten Gebieten und die Übergabe der Verantwortung für die Sicherheit an die palästinensische Seite. Das Echo auf die Vorschläge von Ben-Eliezer ist widersprüchlich. Zunächst heißt es, das palästinensische Kabinett habe im Grundsatz zugestimmt. Später wird gemeldet, die Sicherheitsgespräche seien gescheitert, Israel habe neue Forderungen gestellt. - Am 7.8. empfängt der libysche Revolutionsführer Gaddafi in Sirte, östlich von Tripolis, einen hochrangigen Besucher aus London. Staatssekretär O'Brian vom britischen Außenministerium hatte sich zuvor in Interviews gegen die weitere Isolierung Libyens ausgesprochen. Großbritannien suche Gaddafis Kooperation im Kampf gegen den Terrorismus. - Am 14.8. beginnt vor einem Bezirksgericht in Tel Aviv ein Prozess gegen den im April d.J. in Ramallah festgenommenen Generalsekretär der palästinensischen Fatah-Bewegung, Marwan Barghuti (vgl. „Blätter“ 6/2002, S.644f.). Barghuti ist formell des Mordes, des Mordversuches, der Verschwörung zum Mord und der Aktivitäten in einer terroristischen Vereinigung angeklagt. Die Verteidiger des Palästinensers bezeichnen das Verfahren als Schauprozess und bestreiten die Zuständigkeit des Gerichts. - Am 18.8. werden die israelisch-palästinensischen Sicherheitsgespräche in einem Hotel von Tel Aviv fortgesetzt. Nach Presseberichten einigen sich beide Seiten auf den Rückzug der israelischen Armee aus Teilen des Gazastreifens

und Bethlehem. Im Gegenzug verpflichtet sich die palästinensische Seite zu einer wirk-samen Bekämpfung des Terrorismus. - Am 19.8. melden Medien aus der Region den Tod des Führers des Fatah-Revolutionrates, Sabri al-Banna, genannt Abu Nidal. Die Leiche des gebürtigen Palästinensers sei von Kugeln durchsiebt in einer Wohnung in Bagdad gefunden worden. Die irakischen Behörden sprechen von einem Selbstmord.

2.8. - T ü r k e i. Nach einer Reihe von Sondersitzungen beschließt das Parlament in Ankara mit 256 gegen 162 Stimmen, die Todesstrafe in Friedenszeiten abzuschaffen und nur noch in Kriegszeiten oder in Zeiten unmittelbar drohender Kriegsgefahr anzuwenden. Die Türkei erfüllt damit eine wichtige Vorbedingung für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Ein weiteres Gesetz (Annahme am 3.8.) räumt der kurdischen Bevölkerung vermehrte Rechte ein. Unterricht und Gebrauch der kurdischen Sprache bleiben jedoch eingeschränkt und unterliegen auch weiterhin der Kontrolle durch Aufsichtsbehörden. Staatspräsident Sezer unterzeichnet die neuen Gesetze am 8.8., die anschließend im Staatsanzeiger veröffentlicht werden und damit Rechtskraft erlangen.

3.8. - A n g o l a. Die Widerstandsorganisation UNITA, die im April d.J. einen Waffenstillstand mit der Regierung vereinbart hatte (vgl. „Blätter“ 6/2002, S. 645), löst sich auf. In der Hauptstadt Luanda heißt es, 18 Generäle und 5 000 bewaffnete Kämpfer der Organisation seien in die reguläre Armee integriert worden.

5.8. - E U. Die Europäische Kommission begrüßt die an den Vortagen gefassten Beschlüsse des türkischen Parlaments. Ein Sprecher erklärt dazu in Brüssel, eine rasche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sei nicht zu erwarten, zunächst müsse die Umsetzung der Gesetze abgewartet werden. Außerdem müsse die Türkei aktiv und positiv zu einer Problemlösung für das geteilte Zypern beitragen. - Am 18.8. kommt Kommissionspräsident Prodi in Begleitung der Kommissare Barnier und Verheugen auf Einladung von Bundeskanzler Schröder nach Berlin, um die Folgen der Hochwasser-Katastrophe in Mitteleuropa zu besprechen. An der Konferenz nehmen auch die Regierungschefs und Außenminister Österreichs, der Slowakei und Tsche-

chiens teil. - Vom 30.-31.8. befassen sich die Außenminister der Mitgliedstaaten im dänischen Helsingør mit der Politik gegenüber dem Irak. Bundesaußenminister Fischer teilt mit, man habe damit begonnen, einen gemeinsamen europäischen Standpunkt zu erarbeiten.

- U N O. Die in New York tagende 56. Generalversammlung der Vereinten Nationen fordert in einer Resolution den Rückzug der israelischen Armee aus den Palästinensergebieten auf die Positionen vor Beginn der Intifada im September 2000. Der palästinensische Vertreter beschuldigt Israel in der Debatte der Kriegsverbrechen. - Am 8.8. ruft Generalsekretär Annan vor dem Sicherheitsrat in New York die internationale Gemeinschaft auf, die Lösung des Konflikts zwischen Kongo und Ruanda zu unterstützen. Die Unterzeichnung des Friedensabkommens (vgl. „Blätter“ 9/2002, S. 1030) sei ein politischer Meilenstein, der den Weg freimachen könne für eine dauerhafte Friedenslösung in der Region. - Am 17.8. geht den 15 Mitgliedern des Sicherheitsrates eine Note aus Bagdad zu, in dem der Irak erneut Vorbedingungen für die Wiederaufnahme der Waffenkontrollen durch die Vereinten Nationen stellt. Die Nachrichtagentur AP zitiert am 18.8. den Chef der UN-Waffeninspektoren für den Irak, den Schweden Hans Blix: „Wenn wir wirklich Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen hätten, würden wir dies vor den Sicherheitsrat bringen.“ Es liege im Interesse des Irak, die bedingungslose Rückkehr der Inspektoren zu erlauben. - Am 21.8. erklärt der Niederländer Jan Pronk, Sonderbeauftragter für den bevorstehenden „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ (World Summit on Sustainable Development/WSSD), in Den Haag vor der Presse, nach seiner Überzeugung werde das Thema Terrorismus am Rande der Beratungen eine prominente Rolle einnehmen. Armut, Perspektivlosigkeit und das Gefühl der Ausgeschlossenheit hätten einen direkten Zusammenhang mit Terrorismus und diese Problematik verlange eine entsprechende Diskussion auf hohem Niveau, auch mit dem amerikanischen Präsidenten. Pronk bedauert die Ankündigung von Präsident Bush, sich durch Außenminister Powell vertreten zu lassen. - Am 24.8. eröffnet der südafrikanische Präsident Mbeki in Johannesburg den Weltgipfel. Das Motto

lautet: Menschen, Planet, Wohlstand (People, Planet, Prosperity). Im Mittelpunkt steht die Umsetzung und Weiterentwicklung der Beschlüsse von Rio, der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (UNCED; vgl. „Blätter“ 8/1992, S. 901) sowie die Ausarbeitung eines Aktionsprogrammes.

12.8. - *K o r e a*. Nach einer Unterbrechung von neun Monaten nehmen die beiden koreanischen Staaten den Dialog auf Ministerebene wieder auf, bei dem es vor allem um die Zusammenführung getrennter Familien und die Wiederherstellung grenzüberschreitender Eisenbahnverbindungen gehen soll. Später sind Gespräche über Wirtschafts- und Militärfragen geplant.

- *J u g o s l a w i e n*. Verhandlungen zwischen Experten Serbiens und Montenegros über einen Verfassungsentwurf für die neue Union der beiden Republiken bleiben ohne Ergebnis. In Belgrad heißt es, man habe Differenzen über die Gestalt des neuen Staates nicht überwinden können.

14.8. - *R u s s l a n d / B e l a r u s*. Präsident Putin schlägt seinem weißrussischen Amtskollegen Lukaschenko bei einem Treffen in Moskau einen konkreten Zeitplan für die Verschmelzung beider Staaten zu einer neuen russischen Föderation vor. Schon im Frühjahr 2003 solle ein Referendum über die geplante Union abgehalten werden. Lukaschenko bezeichnet nach seiner Rückkehr aus der russischen Hauptstadt den Plan Putins als für Weißrussland völlig unannehmbar.

15.8. - *A f g h a n i s t a n*. US-Verteidigungsminister Rumsfeld vertritt auf einer Pressekonferenz im Pentagon die Ansicht, die in Afghanistan stationierten ausländischen Truppen müssten noch viele Jahre dort bleiben. Das Ende sei erst erreicht, wenn die afghanische Regierung für ihre eigene Sicherheit sorgen könne. - Am 21.8. suchen amerikanische und afghanische Truppen in der Umgebung der im Südosten des Landes gelegenen Stadt Khost nach vermuteten Stützpunkten der Taliban. Verteidigungsminister Fahim erklärt, Taliban-Führer Mullah Omar und Osama Bin Laden seien vermutlich noch am Leben.

23.8. - *S p a n i e n*. Untersuchungsrichter Baltasar Garzón verfügt auf der Grundlage eines neuen Parteiengesetzes (vgl. „Blätter“ 8/2002, S. 900 f.) ein Verbot der Basken-

partei Batasuna und ordnet sofortigen Vollzug an. Der Partei wird die Unterstützung der ETA und damit die Rechtfertigung von Terror vorgeworfen. Bei der gewaltsamen Räumung von Batasuna-Büros kommt es u.a. in Vitoria, Bilbao und San Sebastian zu Protestkundgebungen von Sympathisanten.

- *R u s s l a n d / K o r e a*. Der nordkoreanische Staatschef Kim Jong Il trifft im Rahmen einer Reise durch den russischen Fernen Osten (20.-24.8.) in der Hafenstadt Wladiwostok mit Präsident Putin zusammen. Bei dem Gespräch geht es nach Angaben Putins vor allem um die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Zur Diskussion steht der Plan, die Transsibirische Eisenbahn über das nordkoreanische Schienennetz mit Südkorea zu verbinden.

25.8. - *Ö s t e r r e i c h*. Zwischen Vizekanzlerin Riess-Passer und dem Kärntner Landeshauptmann Haider (beide FPÖ) kommt es zu einem offenen Konflikt. Unmittelbarer Anlass ist die Zustimmung der FPÖ-Minister zur Verschiebung einer für das kommende Jahr geplanten Steuerreform, um so die Folgen des „Jahrhunderthochwassers“ zu bewältigen. Haider verlangt ultimativ das Festhalten an der den Wählern versprochenen Steuerreform und bringt die Möglichkeit eines Volksbegehrens und eines Sonderparteitages ins Gespräch. Die Vizekanzlerin und Parteivorsitzende droht mit Rücktritt.

28.8. - *N i e d e r l a n d e*. Der für Einwanderungsfragen zuständige Minister Hans Nawijn, der der Liste Pim Fortuyn (LPF) angehört, fordert in einem Interview mit der Tageszeitung „Trouw“, die Niederlande sollten künftig nur noch politische Flüchtlinge aus Europa aufnehmen. Afrikaner und Asiaten seien „nicht erwünscht“ und könnten auf ihrem eigenen Kontinent Zuflucht suchen. Die Regierungskoalition aus Christdemokraten, Liberalen und LPF (vgl. „Blätter“ 9/2002, S. 1030) hat die Verminderung der Einwanderung zu einem ihrer Ziele erklärt.

29.8. - *B e r l i n*. Das Abgeordnetenhaus (Landesparlament) wählt Harald Wolf (PDS) mit 78 Stimmen zum neuen Wirtschaftsminister und Bürgermeister; die Koalition von SPD und PDS verfügt über 77 Stimmen. Wolf ist damit Stellvertreter des Regierenden Bürgermeisters Wowereit (SPD) und Nachfolger von Gregor Gysi, der am 31. Juli d.J. zurückgetreten war.